

Neue Wege für die Hochschulen

- ein ordnungspolitischer Entwurf

Dr. Stefan Kooths

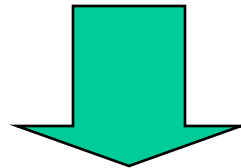
- Problemdiagnose
- Bisherige Beschlusslage
- Weiterentwicklung

Eine Hochschule von innen zu reformieren ist etwa so, als wenn man einen Friedhof verlegen möchte und die Bestatteten bittet, die Arbeit selbst zu tun.

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer
Universität Saarbrücken

- mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit
- bürokratielastige Notprogramme („Sonder-NaZ“)
- simultan Verschwendung **und** Mangelerscheinungen
- interne Strukturdefizite (fehlende Führung der Fakultäten)
- Anreize zu qualitativ hochwertiger Lehre sehr schwach
- ZVS-Zuteilungsverfahren

- staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln (Staatshochschulen)
- Beschäftigte beim Staat angestellt, oftmals verbeamtet
- das Gut „Hochschulbildung“ wird verschenkt



**sozialistisches Hochschulsystem
(fehlende Marktbeziehungen)**

- mehr Freiräume für die Studienangebote an **staatlichen** Hochschulen
- Abschaffung der ZVS
- Hochschullehrer im Angestelltenverhältnis, „leistungsorientierte“ Bezahlung
- Finanzierung der Lehre über Bildungsgutscheine
- Stärkung studentischer Mitbestimmung (Evaluationen)
- „Kohle in Bildung“

- Stärkung **dezentraler** Entscheidungskompetenzen
- Bildungsgutscheine für **wettbewerbsähnliches** Umfeld
- Beibehaltung **staatlicher** Bereitstellung (ohne ordnungspolitische Begründung)
- kein liberales Hochschulkonzept aus einem Guss, eher **partielle** Verbesserung des Status quo
- mangelnde **angebotsseitige** Neuausrichtung (nur Modellversuche der Uni-AG)

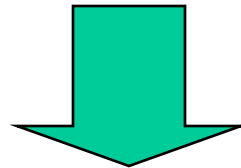
- fehlende **Zieldefinition** für die Hochschulen (insbesondere für die Uni-AGs)
- Abwicklung des Bildungsgutscheinmodells birgt hohes **Bürokratie**potential
- Bildungsgutscheine ignorieren bestehende **Umverteilung**seffekte
- Machbarkeitsorientierung führt zu mangelnder Zielorientierung (kein Idealbild einer **liberalen** Hochschullandschaft)

Autonomie der Hochschulen
durch konsequente
Entstaatlichung und
marktlichen Wettbewerb

- **Angebotsstruktur**
Privatwirtschaftliche Bereitstellung
von Hochschulleistungen
- **Finanzierung**
Bildungskredite statt
Bildungsgutscheine
(nachlaufende Studiengebühren)

Autonomie:

- Unabhängigkeit von staatlicher Kassenlage
- Ersatz für zentrale Steuerung (hierarchische Kontrolle)
- erfordert dezentrales Kontrollinstrument



**Marktliches
Wettbewerbssystem**

- höchster denkbarer Dezentralisierungs- und Autonomiegrad mit endogener Kontrollinstanz
- Privatisierung der Hochschulen und Führung als gewinnorientierte Unternehmen
- Finanzierung über nachlaufende Studiengebühren (s.u.)
- Orientierung der Hochschulausbildung an den Präferenzen der Studierenden
- Reputation als Schutz vor Studienangeboten mit schlechtem Preis-Leistungs-Verhältnis
- Flankierung durch Mindestanforderungen und Anwendung des Kartellrechts

- **Grundhypothese**

Funktionsfähigkeit des Marktsystems

- **Beweislastregel**

staatliche Eingriffe bedürfen der Rechtfertigung, die privatwirtschaftliche Ordnung nicht

- **Ökonomische Legitimation**

Anforderung an staatliche Eingriffe

- Marktversagenstatbestand?
- Effektivität?
- Erforderlichkeit (geringste Eingriffsintensität)?
- Verhältnismäßigkeit (Wirtschaftlichkeit)?

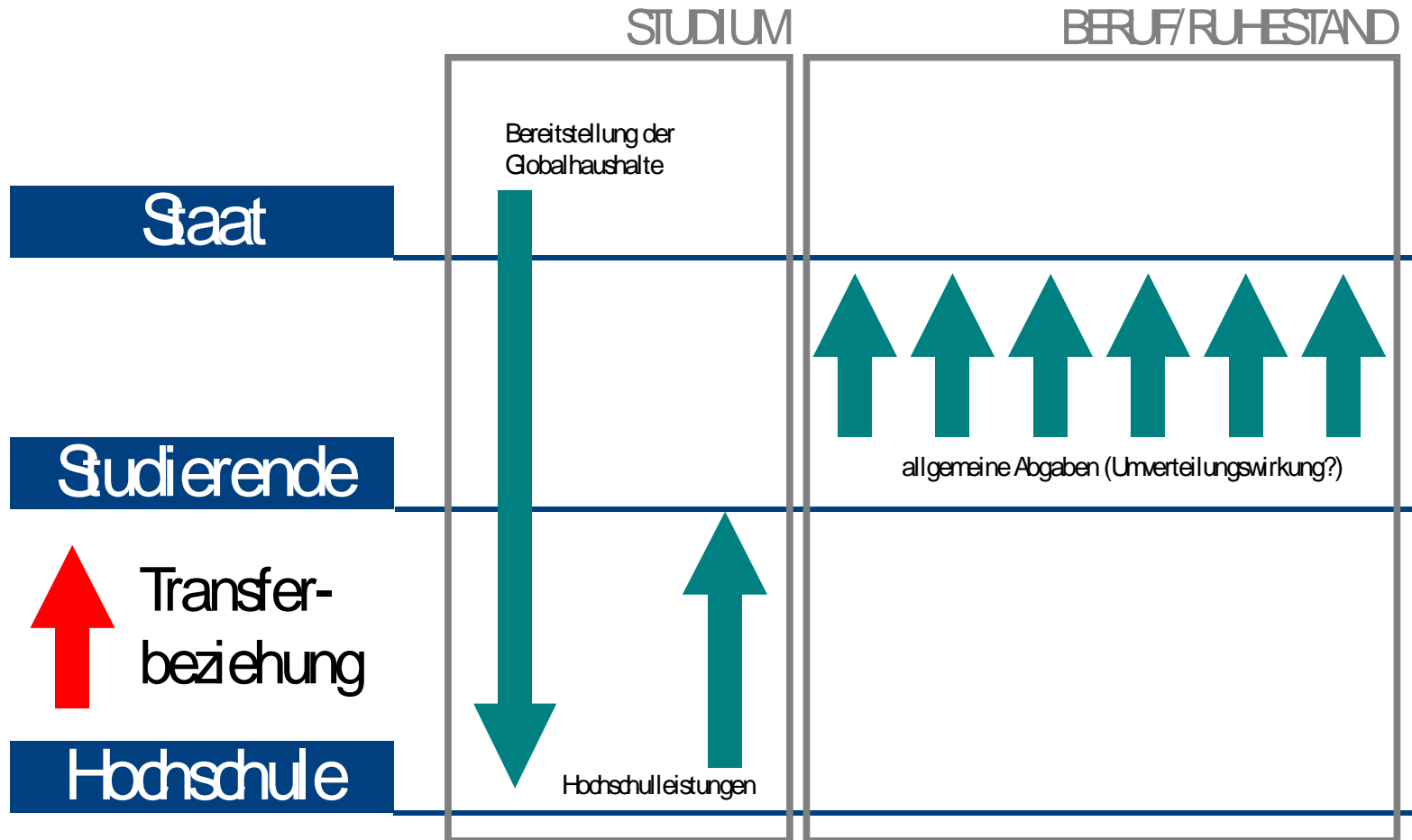
Finanzierung:

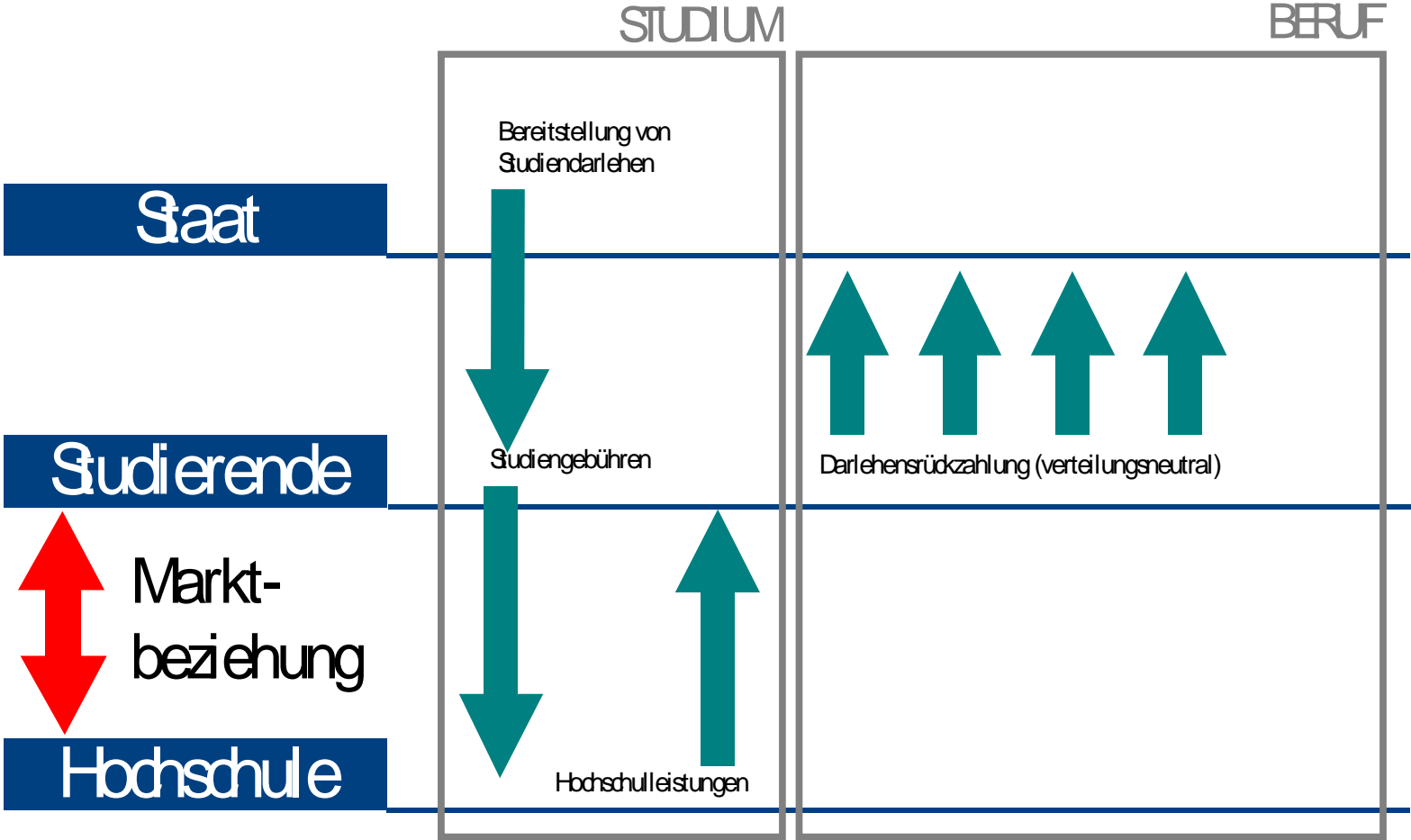
- Hochschulwettbewerb setzt kaufkräftige Studierende voraus
- diese haben ein Liquiditäts-, aber kein Leistungsproblem (Kapitalmarktdefekt)
- Lösung: staatliche Studienkredite (nachlaufende Studiengebühren) zur vollständigen Finanzierung der Hochschullehre
- Hochschulforschung über staatliche Grundfinanzierung (Ausschreibungen)

- Zielgenauigkeit
- Bürokratieaufwand
- Flexibilität/Differenzierung
- Verteilungsneutralität

„Akademiker zahlen jetzt schon ihr Studium indirekt via Steuerprogression.“

- Steuerprogression setzt kein Studium voraus, daher hohe **Streuverluste** bei der Lastverteilung
- ein Grund mehr, Steuerzahlung an den Staat in Gebührenzahlung an die Hochschulen umzuwandeln (**Lenkungsfunktion** der Preise)





„Kreditierte (= nachlaufende)
Studiengebühren schrecken vom Studium
ab.“

Einkommensvergleich (Barwerte):

- Ingenieure (Maschinenbau): 1.250.000 Euro
- Einzelhandelskaufleute: 820.000 Euro
- Differenz: 430.000 Euro
- Studienkredit: 50.000 bis 100.000 Euro

- Gebührenfinanzierung setzt positive Rendite des Studiums **nicht** voraus (eigene Verantwortung des Studierenden, kein Gerechtigkeitsproblem)
 - Fehlinvestments sind keine Begründung für staatliche Subventionen
 - Externe Effekte (= unentgeltene Akademikerleistungen) des Studiums nicht erkennbar
 - positiver Zusammenhang zw. Akademikerquote und stabiler Demokratie ist Anmaßung
- ⇒ Endogenisierung der Akademikerquote

Stufe 1

- Zulassung privater gebührenfinanzierter Universitätsbetreiber (Änderung des NW-HG)
- Einführung der Studiendarlehen (Optionsmodell)

Stufe 2

- nach Abbau der Überlast an Staatshochschulen dort sukzessive Einführung von Gebühren

Stufe 3

- Privatisierung der bisherigen Staatshochschulen

Liberaler Grundposition:

- Freiheit (Studienwahl) **und** Verantwortung (Finanzierungsbeitrag)
- Freiheit (Universitätsbetreiber) **und** Wettbewerb (Entmachtungs- und Entdeckungsverfahren)

Zentrales Anliegen:

- nachhaltige Verbesserung der Studienbedingungen (Reform **für** die Studierenden)

und schließlich:

Was ist an einem staatlichen
Hochschulsystem **liberal**?